

Sondernummer

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

Zur politischen Situation in Österreich

**vor den Nationalratswahlen
am 5. Oktober 1975**

I.

Zur wirtschaftlichen Situation in Österreich

Die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise beginnen sich auch in Österreich bemerkbar zu machen und führen zu allgemeiner Verunsicherung. Die SP-Regierung versuchte bisher die Situation zu verharmlosen. Wenn sie betont, Österreich könne nicht von der kapitalistischen Welt getrennt betrachtet werden, gibt sie im gleichen Atemzug zu: sie hat die Lage eben doch nicht im Griff, denn Krisen haben ihre eigene Dynamik. In deren Folge betreffen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Inflation zunehmend auch Österreich.

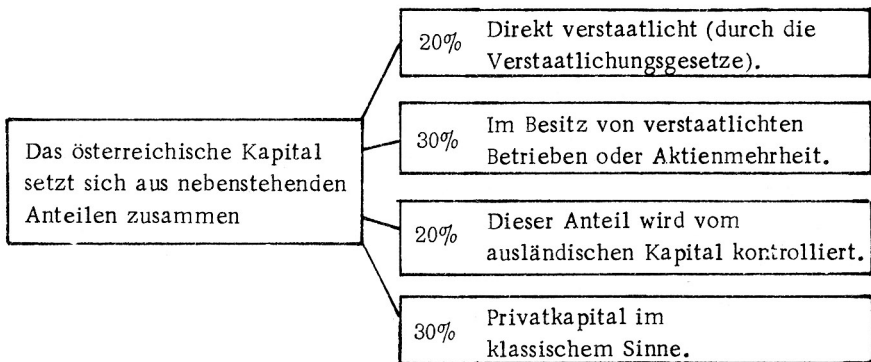
Die SPÖ verdankt die Regierungsbank der Unfähigkeit der Konservativen (auf Grund der widersprüchlichen Struktur ihrer politischen Partei, der ÖVP), wirksame Maßnahme zu einer "Modernisierung" des österreichischen Kapitalismus zu treffen, d. h. dessen "fortschrittlichste" Sektoren bevorzugt zu unterstützen. Mit diesem politischen Anspruch trat die SPÖ unter Kreisky 1970 an. Was bedeutet das konkret? Die klein- und mittelbetriebliche Struktur der österreichischen Industrie gefährdete die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und verhinderte die Stärkung des (effizienteren) Großkapitals. Nichtsdestoweniger konnte auch eine SP-Regierung nicht vollständig über den Schmalspurcharakter des österreichischen Kapitalismus hinweggehen und handelte auch auf diesem Gebiet oft genug inkonsequent. Denn wenn die Zahl der Unternehmungen um 12.000 auf rund 250.000 sank, so ist dies weniger der Strukturbereinigungspolitik der SP-Regierung als vielmehr der allgemeinen Konzentrations- und Zentralisationstendenz des Kapitals selbst zuzuschreiben.

Leitlinie und wichtigster Hebel der SP-Wirtschaftspolitik ist die Sozialpartnerschaft, der Versuch der Interessensversöhnung zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das zeigt sich selbst bei Maßnahmen die scheinbar in reinem Arbeiterinteresse zustandekamen, wie etwa das Arbeitsverfassungsgesetz, das den Interessen der Unternehmer entgegenkommt: diese sind daran interessiert, mit einer kontrollierbar organisierten Arbeiterschaft zusammenzuwirken. Ebenso ist die Sozialpolitik gleichzeitig als Zügel für die Lohnentwicklung zu

sehen. Das Ziel der SP-Regierung ist ein reibungslos funktionierender, managbarer, organisierter Kapitalismus.

Praktiziert wurde diese Politik vor allem in zwei Richtungen: Einmal durch die herkömmlichen Mittel bürgerlicher Wirtschaftspolitik. Besonderen Stellenwert erhalten hier die Förderungsgesetze (Exportförderung, Weiterlaufen der Wirtschaftsförderungsgesetze usw.), die freilich Milliarden an Steuermitteln verschlingen; weiters die offiziösen Lohnleitlinien; auch die Zurückstellung von Infrastrukturvorhaben (Wohn-, Schul- und Krankenhausbau).

Besondere Bedeutung kommt der Assoziation an die EG (Europäische Gemeinschaft) zu. Das bisher schon überaus stark vertretene Auslandskapital (20% des Gesamtkapitals) erhält zusätzliche Möglichkeiten; umgekehrt werden die Möglichkeiten einer eigenständigen österreichischen Politik dadurch weiter beschränkt. Die zweite Ebene stellte die Verstaatlichten-Politik dar, die wiederum in zwei Etappen vor sich ging: erst wurde durch die Vereinheitlichung (erst "kleine", dann "große" Lösung) ein mächtiger Konzern geschaffen, dann erhielt der Konzern eine Beinahe-Autonomie, sodaß endlich Zustände wie in der Privatwirtschaft hergestellt waren. Das läßt sich sehr gut an der Personalpolitik ablesen: Generaldirektor der Holding (ÖIAG) ist ein ehemaliger Spitzenmanager der BRD-Industrie (Geist), Aufsichtsratsvorsitzender ein möglicher ÖVP-Parteiboss (Tauss). Welche Rolle dies spielt, kann man am Anteil des österreichischen Kapitals darstellen:



Da die gegenwärtige Krise nicht nur die tiefste seit 1945, sondern ihrem ganzen Verlauf nach zu schließen eine Strukturkrise (also nicht gleich Zusammenbruch), aber auch nicht nur eine "Rezession" ist, ist nach der Perspektive in dieser Situation zu fragen: Die SPÖ ist von der Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung abhängig, sie muß in einem gewissen Ausmaß auf deren

Forderungen eingehen. Tut sie das, so muß sie notwendig gegen Kapitalinteressen handeln. Dadurch verliert sie aber auch deren Vertrauen, das sie in der Konjunktur (z.B. seitens des Industriellenverbandes) so genoß. Tut sie das nicht, verliert sie zum mindesten über Teile der Arbeiterschaft die Kontrolle und büßt damit auch ihre eigentliche Funktion aus der Sicht des Kapitals ein (Situation in der BRD). Eine konservativ-bürgerliche Regierung hingegen würde eine Reihe dieser Rücksichten nicht zu beachten haben. Sie könnte die kapitalistische Krise mit allen kapitalistischen Mitteln und Methoden bekämpfen, so unwirksam diese auch sein mögen. Die Kosten also werden auf jeden Fall die Arbeiter zu tragen haben: in unseren sozialpartnerschaftlich-zahmen Verhältnissen unter der konservativen Fuchtel wesentlich stärker als unter der sozialdemokratischen, in jedem Fall abgemildert durch den Geist der Sozialpartnerschaft – oder diese zerbricht. Das wäre dann der Aufbruch zu neuen Klassenkämpfen und neuen Perspektiven.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN

VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ – Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Telefon: 34-67-145.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65-19-52.

II.

Fünf Jahre sozialdemokratische Politik

Entsprechend dem Wahlprogramm der SPÖ, in dem kaum klassenspezifische Forderungen enthalten waren, war auch die Regierungserklärung äußerst neutral gehalten. In ihr wurden aber einige Reformen umfassender Natur angekündigt. Im folgenden wollen wir in aller Kürze untersuchen, welche von den angekündigten Reformen in die Tat umgesetzt und wie diese sich tatsächlich ausgewirkt haben.

Das neue Arbeitsverfassungsgesetz ist ein Beispiel sozialdemokratischer Reformpolitik. Neben kleineren Verbesserungen, die es zweifellos enthält, ist im wesentlichen der bisherige Status quo beibehalten worden. Die vorhandenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft in den Betrieben wurden nur bescheiden genutzt. Die Stellung des Betriebsrates wurde lediglich gegenüber der Arbeiterschaft gestärkt und damit die Herausbildung einer autonomen Arbeiteröffentlichkeit an der Basis erschwert. In der Auseinandersetzung mit den Unternehmern hat sich die Stellung des Betriebsrates aber eher verschlechtert: Für eine Reihe von Fragen ist heute das Einigungsamt zuständig, dessen Spruchpraxis auf sozialpartnerschaftliche Kompromisse ausgerichtet ist.

50.000 neue Wohnungen sollten jährlich gebaut werden. Seit 1971 ging der Wohnungsbau jährlich um 2000 Wohnungen zurück. Anstelle des sozialen Wohnbaus wurde zu einem fragwürdigen Kreditierungssystem bei der Wohnungsbeschaffung gegriffen. Das Stadterneuerungs- und Bodenbeschaffungsgesetz fördert – nach den üblichen Abänderungen und Kompromissen – die privatwirtschaftliche Spekulation und deren Begünstigung durch die öffentlichen Stellen.

Die SPÖ, die im vorigen Jahrhundert noch die Aufhebung jeglicher indirekter Steuer gefordert hatte, hat mit der Einführung der Mehrwertsteuer genau das Gegenteil in den Vordergrund geschoben. Auch hier aber die "ausgleichende Gerechtigkeit", die Zuckerln, die im Wahljahr noch rechtzeitig verteilt wurden: die Verbesserungen auf dem Lohn- und Einkommenssteuersektor (z. B. Abschaffung der Lohnsteuergruppe A).

Enthielt der Entwurf der technokratischen Hochschulreform noch einige fortschrittliche Züge, wurden diese später abgeändert. Das heutige Universitätsorganisationsgesetz verstärkt die Eingriffsmöglichkeiten des Staates auf die Hochschulen bei gleichzeitiger Garantierung eines möglichst reibungslosen fließbandmäßigen Ablaufs der universitären Ausbildung.

Zu begrüßen sind Urlaubszeitverlängerung und Arbeitszeitverkürzung. Obwohl auch dem Entgeltfortzahlungsgesetz im Prinzip zuzustimmen ist, zementiert es doch in seiner jetzigen Form die Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten. (Diese bekommen weiterhin vom Unternehmer das Gehalt bezahlt, jene erhalten ihren Lohn aus der von ihnen hauptsächlich getragenen Krankenkasse.)

Ihren kompromißlerischen Charakter hat die SPÖ-Regierung erwartungsgemäß dort am klarsten geoffenbart, wo sie bei ihren Gesetzesänderungen und Reformwerken keine Rücksicht zu nehmen brauchte: in ihrer Politik gegenüber den ausländischen Arbeitskräften und den nationalen Minderheiten in Österreich. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz enthält zwar einige minimale Schutzbestimmungen (Bereitstellung von menschenwürdigen Unterkünften, gleicher Lohn bei gleicher Arbeit) für die ausländische Arbeitskraft – solange sie gebraucht wird. Vor Kurzarbeit und bei Kündigungen sind sie von Gesetzeswegen als erste dran.

Anstelle einer konsequenten Durchführung des § 7 des Staatsvertrages, wurde dem Druck chauvinistischer Kräfte in Kärnten nachgegeben, und mit einer "Volkszählung besonderer Art" wird sogar der offene Verstoß gegen Staatsvertrag und Völkerrecht ins Auge gefaßt.

Was die Heerespolitik betrifft, zeigt sich auch hier die Doppelbödigkeit sozialdemokratischer Reformen. Einerseits wurden die gesetzlichen Bestimmungen zur Ableistung des Wehrdienstes im Sinne der Wehrpflichtigen verbessert (z. B. Einführung des Wehersatzdienstes), wurde die Wehrdienstzeit gekürzt. Auf der anderen Seite zeigt der Mord an Wandl und die Haltung des zuständigen Ministeriums, daß gegen Barras- und Korps-Geist noch immer nichts unternommen wird. (Aber: Das Konzept eines Berufsheers würde dem kapitalistischen Staat ein besonders schlagkräftiges Instrument gegen die Arbeiterklasse in die Hand spielen.)

Die Gratisschulbuchaktion und die Freifahrt von und zur Schule sind positive Einführungen. Schärfstens abzulehnen sind demgegenüber Maßnahmen, die die Privilegien der Bourgeoisie auf dem Bildungssektor verewigen sollen: zwei Formen der Matura, die berufsbildende mit anschließendem Kurzstudium und die allgemeinbildende, die den Zugang zum Universitätsstudium öffnet. (Ähnlich bei den Hochschulabsolventen: Der Diplomabschluß soll die Masse der Studenten schnell ins Wirtschaftsleben schleusen. Nur einige wenige kommen in den Genuß des Doktoratsstudiums.)

Die kleine Strafrechtsreform und insbesondere die Fristenlösung waren die seitens der konservativen Parteien am meisten bekämpften, weil relativ konsequentesten, Schritte sozialdemokratischer Reformarbeit. Daß ihre praktische Durchsetzung oft daran scheitert, daß die SPÖ die reaktionären Strukturen in den verschiedenen verantwortlichen Institutionen unangetastet läßt, zeigt nur wieder den wahren Hintergrund der Politik der kleinen Schritte: man hat dabei die Hosen voll.

Die ORF-Reform, eine der meistdiskutierten Maßnahmen der SP-Regierung schließlich, hat keineswegs die versprochene Demokratisierung dieser für die öffentliche Meinungsbildung wesentlichen Institution mit sich gebracht. Die Hörer- und Seherbeiräte sind de facto Gremien, die ohne jedwede Kontrolle beschickt werden und ohne jede Bedeutung für die tatsächlich getroffenen medienpolitischen Entscheidung sind. Die Funktionsprinzipien des ORF sind im wesentlichen unangetastet geblieben. Nicht umsonst hört man im Zusammenhang mit dieser "Reform" häufig das Wort von der "lex Bacher": Die einzige sichtbare Veränderung gegenüber dem vorherigen Zustand besteht in der Pensionierung des selbst für die SPÖ unannehmbar reaktionären Bacher und der Einsetzung des liberalen Ministerialbürokraten Oberhammer.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Gesetzgebung der sozialdemokratischen Regierung hat zwar ohne Zweifel zu einer gewissen "Liberalisierung" geführt. Sie hat eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen durchgesetzt, über die man sagen kann, daß sie den vorherigen Zustand verbessert haben. Tatsächlich waren dies aber weitgehend Reformmaßnahmen, die nicht im unmittelbaren Klasseninteresse der Arbeiter und Angestellten gelegen sind, Reformmaßnahmen, die man auch von bürgerlich-liberalen Regierungen hätte erwarten können.

Soweit die Gesetze unmittelbar die Arbeiter- und Angestelltenschaft betreffen (etwa das Arbeitsverfassungsgesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz und dergleichen mehr), so haben sie zwar auch Verbesserungen für die Arbeiter und Angestellten gebracht, aber ihre Grenzen dort gefunden, wo schwere Interessenkollisionen mit den Unternehmern zu erwarten waren. So wurde für die Arbeiterklasse weitaus weniger herausgeholt, als sogar für eine Sozialdemokratie herauszuholen gewesen wäre, die sich an die Spielregeln der bürgerlichen Ordnung hält.

III.

Die oppositionellen Parteien

ÖVP

Der Verlust der Regierungsämter und -würden, der Rückzug auf das ungewohnte Terrain parlamentarischer Opposition, hat die seit 1946 stetig an Wählerpotential verlierende ÖVP inneren Belastungsproben ausgesetzt und ihren widersprüchlichen Charakter voll entblößt. Gleichzeitig dienten gerade diese – weitgehend gegensätzliche Interessen vereinheitlichenden – Strukturen der ÖVP (Arbeiter/ Angestellte, Bauern, Klein- und Großbourgeoisie) ihrer zweifachen Taktik: Hemmungslose Sozialdemagogie auf der einen Seite, das Beklagen der hohen Inflationsraten, die Erhebung maßloser Forderungen (Lizitieren) im Parlament (vorgetragen z. B. vom ÖAAB). Eine nachdrückliche Politik im Interesse der Unternehmer auf der anderen Seite, die Politik der Obstruktion gegenüber reformistischen Vorstößen der sozialdemokratischen Regierungsfraktion, propagandistische Rechtfertigung und Absicherung aller Anschläge der in- und ausländischen Konzerne und Monopole auf die Interessen der Arbeiter und Angestellten. (Ein besonders eklatantes und allen erinnerliches Beispiel dafür war die Haltung der ÖVP während der künstlich erzeugten Zuckerkrise, in der der Bauernbund und der Industriellenverband einander die Bälle zuspielten und die oppositionelle ÖVP, welcher beide letztgenannten angehörten, im Parlament und vor der Öffentlichkeit die Regierung für die Zuckerknappheit verantwortlich machte.) Diese demagogische Politik wird der ÖVP auch dadurch erleichtert, daß sie ihre widersprüchliche Politik mittels der Institutionen der Sozialpartnerschaft verschleiern kann (z. B. Paritätische Kommission). Trotz des Einbruchs der SPÖ in traditionellen Hochburgen der ÖVP auf Grund der im Zuge der ökonomischen Veränderungen bewirkten Verschiebungen in der sozialen Struktur von Stadt und Land, und trotzdem die SPÖ mit aller Konsequenz die Politik der entwickeltesten Sektoren des in- und ausländischen Kapitals betreibt, besteht die Stärke der ÖVP einerseits im nach wie vor außerordentlich konservativen und reaktionären Bewußtseinsstand breiter Schichten der Bevölkerung, des kulturellen und politischen Provinzialismus in Österreich und andererseits in der logischen Haltung aller Fraktionen des Kapitals, welche die authentische Vertretung und risikolose Absicherung ihrer Interessen nach wie vor in der ÖVP bzw. FPÖ sehen.

FPÖ

Die FPÖ, welche die zügellosesten und radikalsten Teile des österreichischen und westdeutschen Kapitals artikuliert und deren Wählerreservoir von den rückständigsten Teilen des österreichischen Kleinbürgertums gebildet wird, versuchte in den letzten Jahren eine waghalsige Politik der Anbiederung an den rechtesten Flügel der SPÖ bzw. der Regierung, um sich die, bei den Wahlen im Oktober 1975, mögliche Konstellation einer "sozialliberalen" Koalition nach westdeutschem Muster vorbehalten und vorbereiten zu können. Dabei sind genau die zwei Komponenten ihrer politischen Existenz miteinander in heftigsten Widerspruch geraten: die FPÖ mußte, um die von ihr aufgegriffenen Kapitalinteressen möglichst repräsentativ in Stadt, Land, Gemeinde bzw. auf parlamentarischer und letztlich auf Regierungsebene vertreten zu können, taktische Konzessionen an die Regierungspartei machen und ihr deutschümelndes "Image" in der Öffentlichkeit mit liberaler Schminke überziehen; - das aber genau erschütterte ihre Glaubwürdigkeit, bei ihrem prononciert spießbürgerlich-reaktionären Wählerpotential. (Personifiziert wurden diese Widersprüche von Peter auf der einen und von Scrinzi auf der anderen Seite.) Der dabei eingeschlagene Zick-Zack-Kurs hat - wie das so zu sein pflegt - beiden Komponenten nur geschadet. Die Möglichkeit einer SPÖ/FPÖ-Koalition ist nach wie vor aktuell. (Welche Auswirkungen dies auf die Basis beider Parteien hätte, braucht im Augenblick nicht erörtert werden.)

KPÖ

Die KPÖ ist die einzige etablierte Partei Österreichs, die sich in ihrem Programm zum revolutionären Weg zum Sozialismus bekennt und den Anspruch erhebt, vom Klassenstandpunkt auszugehen. In ihrer politischen Praxis hat sie trotz der für sie günstigen Situation - fünf Jahre SP-Regierung verbunden mit wirtschaftlichen Krisenerscheinungen - keine Erfolge für sich buchen können. Errang sie noch vor zwei bis drei Jahren Siege bei Betriebsratswahlen, so gehören auch diese der Vergangenheit an. Die Landtagswahlen in der Steiermark, in Niederösterreich und in Wien, wie auch die Arbeiterkammer-Wahlen sind für die KPÖ ungünstig ausgegangen. Diese Stagnation und noch weitere Rückschläge in vielen Bereichen sind in erster Linie aus der falschen Politik der KPÖ abzuleiten.

Sicher trug die kritiklose Verteidigung der Zustände in den Warschauer-Pakt-Staaten zu ihrer weiteren Isolierung bei. (Man beklagt sich in Österreich über politische Diskriminierung und jubelt gleichzeitig über die Husak-Äußerungen gegenüber Dubček; man tut empört über die Ausrede der österreichischen

Regierung, die Inflation sei aus dem Ausland "importiert" und begründet mit der gleichen Erklärung "Preisregelungen" in Ungarn und in Polen; man kämpft gegen Politikerprivilegien im eigenen Land und akzeptiert wortlos die widerlichsten Auswüchse des Bonzentums in den Volksrepubliken und vieles anderes mehr.)

Dennoch sind die Ursachen der Schwäche der KPÖ vor allem in ihrem innenpolitischen Auftreten zu suchen. Grundlage ihrer Politik ist die bedingungslose Anerkennung des Parlamentarismus. Dies kommt unter anderem in ihrer Auffassung zum Ausdruck, daß politische Veränderungen derzeit nicht über Massenbewegungen und Aktionen erreicht werden können, sondern sich in der Wahl eines oder mehrerer KPÖ-Nationalräte manifestieren würden. Deshalb werden von der KPÖ vorwiegend Forderungen aufgestellt, die nicht aus klassenspezifischen Überlegungen resultieren, sondern vom Gesichtspunkt ihrer "Massenwirksamkeit" entwickelt werden (Politikerprivilegien; Kleingartenschutz usw.). Bezeichnend für diese Politik ist die Haltung der KPÖ im ÖGB. Auf den Kongressen werden keine grundsätzlichen sozialistischen Überlegungen angestellt; falls es andere dennoch machen, werden diese als "Verbalradikale" denunziert (siehe Kongreß der Privatangestellten). Oder es wird überhaupt auf Kritik verzichtet, falls dadurch ein Vorstandsposten verlorengehen könnte (auf dem Kongreß der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter wurde seitens der KPÖ-Gewerkschaftler kein Wort über den HUKLA-Skandal verloren).

Andererseits erschöpft sich die Kritik der KPÖ in ihren Medien in reiner Entlarvungspolitik gegenüber der SPÖ und unterscheidet sich oft qualitativ kaum vom ÖAAB. Es ist daher auch kein Zufall, daß es sich bei den wenigen Betriebskämpfen der vergangenen Jahre (Bauknecht, Hukla, Engel-Schwertberg, Böhler) um keine Betriebe mit KP-Mehrheit im Betriebsrat handelte. In Fragen der Lohnpolitik unterscheidet sich die KP-Gewerkschaftspolitik ebenfalls nur in quantitativer Art von der SP-Politik und schließlich verbleibt sie in ihren wirtschaftspolitischen Analysen und Vorschlägen auf der Ebene der bürgerlichen Nationalökonomie (Hebung der Massenkaufkraft, Intensivierung des Ost-Exports).

Durch ihre Haltung gegenüber linken Gruppierungen außerhalb der KPÖ fördert sie antikommunistische Vorurteile, schämt sich nicht von "Chaoten", "Agenten des Kapitals" usw. zu sprechen und ist bereit, alle Mittel der Diskriminierung und Verleumdung anzuwenden, um linke Einflüsse außerhalb der KPÖ zurückzudrängen. Durch diese Politik hemmt die KPÖ eine Linksentwicklung in Österreich und schadet damit nicht nur sich selbst, sondern der gesamten linken Bewegung.

IV.

Warum wir nicht zu den Nationalratswahlen kandidieren

Für eine linke Organisation darf die Frage einer Kandidatur zu Parlamentswahlen nur zuletzt eine technische sein. Zuerst und vorrangig muß die Frage politisch beantwortet werden: welchen Stellenwert hat sie für die Zukunft der Arbeiterschaft eines Landes; welche Perspektive kann sie für die Stärkung und Vereinheitlichung der Gesamtlinken bieten; wieweit ist sie Ausdruck einer gewissen Basisbewegung bzw. welche politischen Inhalte kann sie einer breiteren Öffentlichkeit vermitteln?

Was unsere Organisation, die FÖJ-BfS betrifft, haben alle Aussprachen mit befreundeten linken Gruppen, älteren Genossen, Sympathisanten, vor allem aber das Echo in jenen Betrieben, in welchen Genossen von uns politisch verankert sind und arbeiten, keine überzeugende, im Gegenteil eine eher negative Antwort auf die Frage nach einer eigenen Kandidatur (Offensiv links) gebracht.

Die Arbeiter, deren Großteil ohnehin in der SPÖ bzw. im von ihr kontrollierten ÖGB organisiert ist, sehen in der Krise in erster Linie nicht das Versagen der systemkonformen Politik der Sozialdemokratie, sondern lediglich die Gefahr, daß die Folgen dieser Krise unter einer ÖVP(FPÖ)-Regierung voll und ganz auf ihren Rücken überwältzt werden könnten. Deswegen setzen sie ihre ganze Hoffnung auf einen neuerlichen Sieg der SPÖ bei den Nationalratswahlen ("Sicherheit und Vollbeschäftigung haben Vorrang!"). So würde in ihren Augen die Kandidatur einer weiteren linken Liste neben der KPÖ nur die Zersplitterung und damit die Unfähigkeit der Linken bestätigen, eine echte und überzeugende Alternative zur SPÖ-Politik zu bieten.

Auch innerhalb der Linken würde ein zur Zeit notwendiger Alleingang welcher linken Gruppe auch immer bei einer Kandidatur nur als organisationspezifischer (oder einfach organisationsegoistischer) Profilierungsversuch gewertet werden, eben als Ausdruck jener tatsächlich bestehenden Konkurrenzsituation, welche

das Verhältnis der linken Gruppen zueinander kennzeichnet. Da in Österreich Klassenkämpfe und damit verbundene Basisbewegungen nach wie vor nicht vorhanden sind, würden selbst richtige Inhalte einer linken Alternativ-Kandidatur weitgehend abstrakt bleiben und damit an den Adressaten wirkungslos abprallen.

Daher sehen wir gegenwärtig als vordringliche Aufgabe für uns eine Politik an, die sich zum Ziel setzt: über zunehmende Verankerung an der Basis, über Initiierung und Unterstützung von Basisbewegungen und -kämpfen die theoretische und organisatorische Vereinheitlichung der Linken zu betreiben.

Bei der vorliegenden Erklärung vor den Nationalratswahlen, handelt es sich um den letzten Stand der Diskussion, zur politischen Lage in Österreich, innerhalb der FÖJ-BfS.

Die Frage einer Wahlempfehlung wird rechtzeitig vor den Wahlen entschieden und dann der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.